



Bericht und Beschlussempfehlung

des Umwelt- und Agrarausschusses

Tierexporte in tierschutzrechtlich problematischen Staaten stoppen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1291

Tiertransporte begrenzen und Tierschutzstandards durchsetzen

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1332

Der Landtag hat den Antrag Drucksache 19/1291 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1332 in seiner Sitzung am 7. März 2019 an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen.

Der Ausschuss hat die Anträge in vier Sitzungen, zuletzt am 20. Juni 2019, beraten. Zu den Anträgen hat der Ausschuss schriftliche Stellungnahmen eingeholt und eine mündliche Anhörung durchgeführt.

Die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben zu der abschließenden Beratung einen Antrag eingebracht.

Der Ausschuss unterbreitet dem Landtag folgende Beschlussempfehlungen:

1. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag Drucksache 19/1291 abzulehnen.
2. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den Antrag Drucksache 19/1332 abzulehnen.
3. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW, den nachstehenden Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Hohe Standards in Zusammenhang mit Rinderexporten

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung per Erlass rechtliche Klarheit über die Anforderungen an die Genehmigung von Tiertransporten in Drittstaaten sowie die Erteilung von Vorlaufattesten geschaffen hat und dabei wie in Hessen und Bayern einen bundesweit hohen Standard anlegt. Eine weitere Verschärfung der Anforderungen und generelle Transportverbote in bestimmte Drittstaaten ist landesrechtlich aufgrund der engen Vorgaben des EU-Rechts nicht möglich.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den anderen Ländern und dem Bund eine umfassende Überprüfung der Existenz und Geeignetheit von Kontroll- und Versorgungsstationen auf den Transportrouten durch die zuständigen Veterinärämter zu ermöglichen. Der Landtag unterstützt die Beschlüsse der vergangenen Agrarministerkonferenzen zu Tiertransporten und fordert alle Beteiligten auf, diese zeitnah umzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich weiterhin bei der Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit in Handelsfragen für Klärung, Absicherung sowie Zertifizierung der möglichen Transportrouten einzusetzen. Zudem bittet er die Landesregierung, sich weiterhin auf Bundes- und EU-Ebene für eine Anpassung der EU-Tiertransportverordnung dahin gehend einzusetzen, dass die Haltungs- und Schlachtbedingungen in den Zielländern auch nach Abladung der Tiere bei der Genehmigung von Tiertransporten einbezogen werden und einem europäischen Standard entsprechen müssen. Mittelfristig muss in den Zielländern eine Infrastruktur geschaffen werden, um künftig weitgehend auf Lebendtiertransporte zu verzichten und auf Sperma- und Embryonentransporte zu setzen.“

Oliver Kumbartzky
Vorsitzender